

gegenüber den Christdemokraten zu behaupten. Die DC wird wohl so oder so – das ist sie sich selbst schuldig – wieder den Ministerpräsidenten stellen oder jedenfalls zu verhindern wissen, daß Craxi ins Ministerpräsidentenamt zurückkehrt.

DC an einem Scheideweg

Doch damit ist die DC noch lange nicht über dem Berg. Sie wird es nicht nur schwer haben, weiteres Terrain zurückzugewinnen. Auch ihre *inneren Spannungen* dürften nach dem relativen Erfolg eher zunehmen: nicht so sehr zwischen den klassischen „Correnti“ von einst, die unter DC-Chef De Mita an Einfluß verloren haben, sondern zwischen der von der „*Volksbewegung*“, dem politischen Arm von „Comunione e liberazione“ angeführten „neukatholischen“ Strömungen und den stärker liberal-katholischen Kräften, denen De Mita zuneigt. Der Einfluß der „Volksbewegung“ im Wahlkampf war stark spürbar, ihre Kandidaten waren teilweise recht erfolgreich (vor allem in der Lombardei). Sie verkörpert den Willen des Papstes und mancher, lange nicht aller Bischöfe zu *direkterer Präsenz der Katholiken im politisch-gesellschaftlichen Leben Italiens*. Die Erklärung des Präsidiums der Bischofskonferenz, dessen Aufruf, der politischen „Einheitstradition“ der italienischen Katholiken zu folgen, der beträchtliches Aufsehen erregte und dessen Echo den Wahlkampf in seiner heißen Phase polemisch begleitete, war ein deutlicher Wink in Richtung DC. Der Papst selbst verstärkte ihn noch, als er vor der Vollversammlung der Bischofskonferenz, die selbst zu den Wahlen nicht Stellung nahm, zwar die von ihm selbst ausgehende Formel von der „Treue zur Einheitstradition“ nicht wiederholte, aber den Aufruf des Präsidiums der Bischofskonferenz ausdrücklich unterstützte.

Die Situation war bereits im Wahlkampf nicht leicht. Sie wird noch schwieriger werden, wenn der ungeliebte, mit der Niederlage der DC von 1983 belastete, taktisch und strategisch aber zäh operierende Parteichef

seine Andeutung vor der Wahl wahr macht und im nächsten Frühjahr sein Amt niederlegt oder niederlegen muß. Ein solcher Schritt würde vermutlich eine künftige Koalition mit den Sozialisten erleichtern. Aber mit den beiden Flügeln der „neukatholisch“-halbintegristischen – auch innerkatholisch stark umstrittenen – „Volksbewegung“ und dem viel heterogeneren liberal-katholischen Flügel ist der DC eine *Grundentscheidung* aufgegeben. Wie sie sie trifft und wer sie personell verkörpert, davon wird für die Zukunft der Partei einiges abhängen.

Es gab nach der Wahl Kommentare, die meinten, die „Volksbewegung“, der Papst und die Bischöfe hätten diesmal der DC mehr Wähler zugezogen als die Polarisierungspolitik De Mitas. Für die „Volksbewegung“ stimmt das vor allem von ihr selbst und von anderen, die den DC-Erfolg

gegen De Mita zur Rückgewinnung ihres früheren Einflusses in der Partei nutzen wollen, gebrauchte Argument schon insofern nicht, als die DC im Süden, wo es die „Volksbewegung“ praktisch nicht gibt, besonders stark gewonnen hat. Und: Trotz einer wieder stärkeren, aber keineswegs einheitlichen Hinwendung katholischer Milieus zur DC spricht vieles für das genaue Gegenteil. In der klaren Gegnerschaft zu den Sozialisten (und zu den Kommunisten) hat die DC ein deutliches Profil – wenigstens im Wahlkampf – gewonnen. Sie wird künftig ihre Position als Partei der relativen Mehrheit behaupten können, wenn sie katholische, bürgerlich-liberale und sozial-reformerische Kräfte in sich zusammenzuführen vermag. Daß eine solche Mehrheit mit Katholiken der „Volksbewegung“ nicht zu „machen“ ist, wissen auch italienische Bischöfe.

A. D.

Papstbesuch in Polen: Was bleibt für die Gastgeber?

Politische Großereignisse wie der dritte Papstbesuch innerhalb von acht Jahren werden in Polen politisch und propagandistisch gründlich vorbereitet. Kommunisten und Nichtkommunisten sollen auf die amtliche politische Bewertung der Persönlichkeit, der moralischen Rolle des Papstes für die Weltkirche, vielmehr aber noch für die katholische Kirche in Polen, für das gesellschaftliche Leben im Lande und last but not least für die *Jaruzelskische Politik der sozialistischen Erneuerung und nationalen Verständigung* verpflichtet werden. Diese offizielle Verständigungspolitik sieht die Zusammenarbeit von Staat und Kirche zum Wohle der ganzen Nation im Sinne von demonstrativer kirchlicher Unterstützung der behördlichen Politik auf den Feldern der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, des Kampfes gegen den weiteren wirtschaftlichen Niedergang, gegen die bedrohlichen sozialen Pathologien und gegen die gesellschaftliche Desintegration vor,

die nach Meinung von Staat und Kirche die zivilisatorische Deklassierung Polens in Europa nach sich ziehen müßten.

Hat Papst Johannes Paul II. den Regierenden in Warschau (und in Moskau) und womöglich sich selbst zwischen dem 8. und 14. Juni 1987 einen *Strich durch die Rechnung* gemacht? Hat er auf seiner Pilgerreise, deren unmittelbarer Anlaß die Eröffnung des 2. (Nationalen) Eucharistischen Kongresses war, mehr das weltanschaulich und politisch Trennende zwischen Regierenden und Regierten betont als das allen Polen gemeinsame Interesse an der Überwindung der immer weiter ausufernden Wirtschafts- und Sozialkrise? Versteht der Papst etwa die komplizierte Situation in seinem Heimatland nicht mehr, wie General Jaruzelski bei der Verabschiedung seines Gastes auf dem Flughafen offensichtlich andeuten wollte? Vertrat der Papst ein ethisches und moralisches Ideal, dessen Nichtreali-

sierbarkeit hier und jetzt im Polen der „Solidarność“- und Nach-„Solidarność“-Zeit allzu offenbar geworden war? Ist mit ihm nicht nur ein nationalpolnischer Integralismus durchgegangen, sondern auch der polnische Romantizismus und Messianismus? *Wer hat wen mißverstanden oder mißverstehen wollen?*

Unterschiedliche Erwartungen

Was war in der einen Juniwoche geschehen, daß es den polnischen Massenmedien von Besuchstag zu Besuchstag zunehmend die Sprache verschlug und Staats- und Parteiführung von Tag zu Tag enttäuschter und verärgelter die Botschaften des Papstes an die Nation (und die Regierenden als Teil derselben) registrierte und in Tschenstochau bei Kardinal-Staatssekretär Casaroli intervenierte?

Die Erwartungen der Staatsmacht und der katholischen Kirchenhierarchie waren in den Begrüßungsreden auf dem Flughafen und später im Warschauer Königsschloß mit ihren unterschiedlichen Akzenten versehen worden. Partei- und Staatsratsvorsitzender Jaruzelski hieß den Papst als „Gast der ganzen Nation“ willkommen. Er würdigte sein Engagement für den Frieden. Voraussetzung für die innere Entwicklung des Landes und für die Stärkung seiner Stellung in der Welt seien „nationale Einigkeit, stetige Arbeit, staatsbürgerliche Gesinnung und patriotische Verantwortung“. Jaruzelski sprach damit indirekt die Hoffnung aus, daß seine Politik der nationalen Verständigung und der wirtschaftlichen Reform durch die Appelle des Papstes neuen Auftrieb erhalten werde. Bisher hatte die Führung nur mit Sorge auf die *Inkonsequenzen eigener Reformpolitik* und die gesellschaftlichen Folgen in Form von Resignation und Apathie blicken können.

Der Papst antwortete mit einer Rede, die die gesellschaftlichen Erwartungen wieder auf die *individuellen Voraussetzungen* zurückführte und den pastoralen Charakter seiner Pilgerreise betonte. Deutlicher wurde er in

seiner Ansprache beim ersten Treffen mit General Jaruzelski im Königlichen Schloß von Warschau am Nachmittag des Ankunftstages. Symbolträchtig gemeinsam mit Jaruzelski vor dem verwaisten Königsthron plazierte, stellte der Papst vor den versammelten Repräsentanten von Regierung und öffentlichem Leben die *Bedeutung der Menschenrechte für den Frieden in der Welt* heraus. Besonderen Nachdruck legte er auf die Würde des Menschen. Er definierte sie als „das Recht, nicht nur Objekt obrigkeitstaatlichen Handelns“ zu sein, sondern eigenverantwortliches Subjekt. Auf die Gesellschaft bezogen, sagte der Papst, nur wenn eine Nation durch ihre gesamte staatliche Organisation ihr Subjektsein ausdrücken könne, lebe sie ein wirklich eigenes Leben. An Jaruzelski gewandt, erinnerte der Gast vor allem an die Verwirklichung des Menschenrechts auf Religions- und Vereinigungsfreiheit sowie an das Recht auf freie Meinungsäußerung.

In den Kommentaren der polnischen Presse nach dem ersten Besuchstag wurden vor allem die Übereinstimmungen in den Äußerungen des Papstes und des Generals betont. Beide hätten den Wert der Arbeit, die Bürgerrechte und die gesellschaftliche Mitbestimmung in die Mitte gerückt. Wohlweislich ließen sich die Kommentare nicht über die Interpretationsprobleme im Zusammenhang mit dem Kampf um die Verwirklichung von Bürgerrechten aus.

Die weltliche Botschaft: Freiheit und Selbstbestimmung

Noch vor dem Treffen mit dem General im Warschauer Schloß war Johannes Paul II. in einer *ökumenischen Begegnung* mit Vertretern der anderen christlichen Kirchen zusammengetroffen. Am Abend feierte er eine Messe zur Eröffnung des Nationalen Eucharistischen Kongresses – des Anlasses der Visite, der im Trubel des Besuchsspektakels vergessen zu werden drohte.

Am zweiten Besuchstag begab sich

der Papst in den Morgenstunden nach *Lublin*, wo er am Ehrenmal für die Opfer des Vernichtungslagers *Majdanek* betete. Später traf er mit Professoren und Studenten der Katholischen Universität zusammen. In seiner Ansprache in der neuen Aula der einzigen katholischen Universität im sozialistischen „Lager“ setzte er sich für die *akademische Freiheit* ein, vor dem Hintergrund der zunehmenden Einmischungsversuche des Hochschulministeriums ein konkretes Plädoyer. Als „Sohn dieser Heimat“ äußerte er die Meinung, daß u. a. „die Voraussetzungen des gegenwärtigen Staatsorganismus im Hinblick auf eine Zukunft für die Jugend überdacht werden müssen“.

In der südostpolnischen Stadt *Tarnów*, der dritten Station seiner Reise, richtete der Papst ein Wort an die *Landbevölkerung*. Vor ca. 1,5 Millionen Menschen gedachte er der Vereinbarungen mit der „Bauern-Solidarität“ von 1981, die nicht verschwiegen, sondern verwirklicht gehörten. Viele „Verzerrungen des ländlichen Lebens“ hätten ihre Ursachen in der Diskriminierung der Landbevölkerung und in „undurchdachten Experimenten“. Mit der Würdigung eines selbstverwalteten und staatlich zu fördernden Bauernstandes deutete sich bereits die konkret politisch zu verstehende Herausforderung der Regierung Jaruzelski an, die in den Ostseestädten Stettin, Gdingen und Danzig mit der Huldigung an den Solidaritätsgedanken, sei er nun im polnischen Redemanuskript des Papstes groß oder klein geschrieben gewesen, so unerwartet deutlich ausfiel – wahrscheinlich überraschend sowohl für die Staatsführung wie für Primas *Glemp*.

Solidarität – das magische Wort

Mit minutenlangem Beifall hatte eine riesige Menschenmenge die Rede des Papstes am 4. Besuchstag in Gdingen quittiert. Vor allem der Satz, wie wichtig es sei, „daß gerade hier, an der Ostsee das Wort Solidarität gesagt wurde“, führte zu Beifallstür-

men. Der Vorsitzende der verbotenen Gewerkschaft „Solidarność“, Lech Wałęsa, kam am Abend desselben Tages in Oliva mit Johannes Paul II. zusammen. Konnte man Wałęsa hier wirklich ein politisches Mißverständnis vorwerfen, wenn er seine Freude darüber äußerte, daß der Papst bei seiner Messe in Gdingen so viele Male das Wort Solidarität benutzte, und wenn er das Wort „Solidarität“ so verstand wie Millionen seiner Landsleute?

Eine der letzten Stationen der päpstlichen Pilgerreise war der Marienwallfahrtsort *Tschenstochau*, seit jeher ein Symbol des anderen, des katholischen Polen. Noch symbolträchtiger gestaltete sich jedoch die feierliche Abschlußmesse in Warschau an einem riesigen Altar vor dem von der Sowjetunion den Bürgern Warschaws in den letzten Jahren des Stalinismus gestifteten 230 Meter hohen „Palast der Kultur und Wissenschaft“.

Die beständigen Hinweise des Papstes auf die schweren Lebens- und Arbeitsbedingungen der Polen gaben zu verstehen, daß die Kirche auf ihre gesellschaftliche Mission nicht verzichtet. Das wurde unüberhörbar deutlich bei der Messe in Danzig, die der Papst an einem Altar feierte, der die Gestalt eines im Bau befindlichen Schiffes hatte, Symbol für die auf den Werften arbeitenden Danziger und ihre halbfertige, weil verbotene „Solidarność“. Auch in seiner Ansprache an die Arbeiterinnen einer Textilfabrik in *Lodz* machte der Papst klar, daß sich die Kirche mit den gegebenen sozialen Umständen nicht abzufinden gedenkt. Den ermordeten und wie ein Märtyrer verehrten Priester *Popietuszko* stellte Johannes Paul II. als Vorbild hin. Sein Grab besuchte er im „privaten“ Teil seines Programms am letzten Besuchstag.

Ob die Ankündigung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Warschau während der Rede an die polnischen Bischöfe kurz vor dem Rückflug nach Rom quasi als Trostpflaster für den staatlichen Gastgeber dessen Enttäuschung über die „message“ des Papstes aufwiegen konnte, mag bezwei-

felt werden. Die nicht im Programm vorgesehene zweite Begegnung zwischen Johannes Paul II. und General Jaruzelski unmittelbar vor der Verabschiedung des Papstes sprach jedenfalls nicht dafür.

Wer erntet die Saat?

Vergleicht man die Reise von 1987 mit den Visiten von 1979 und 1983, fühlt man sich eher an die *erste* Polenreise des Papstes als an den Besuch in den letzten Wochen des suspendierten Kriegsrechtes erinnert. Aber seit 1979 sind für Polen acht dramatische Jahre vergangen mit schmerzhaften Erfahrungen und mit der Erkenntnis, daß sich die Geschichte nicht wiederholt oder aufhalten läßt. Was nach den Junitagen 1987 in Erinnerung bleibt, ist, daß der Papst, selbst augenscheinlich emotional aufgewühlt, eine emotional aufgewühlte und ratlose Nation zurückläßt. Er erschien auf seiner dritten Besuchsreise in Polen ungeduldiger als 1979, so ungeduldig, wie seine Landsleute, ohne ihnen jedoch einen konkreten Rat geben zu können. Das *Dilemma* einer moralischen Institution, eines Übervaters der Nation, der als Papst nicht Partei sein darf, spiegelte sich in zwei Sätzen wider, die Johannes Paul II. vor mehreren Tausend Landsleuten vor der erzbischöflichen Residenz in Krakau aussprach: „Als ich 1979 hierherkam, wußte ich, was ich Euch zu sagen hatte. Aber ich weiß nicht, was ich Euch heute sagen soll.“

War es das, was Staatschef Jaruzelski bei der Verabschiedung seines Gastes zu den bitteren Worten veranlaßte: „Eure Heiligkeit wird bald von der Heimat Abschied nehmen. Sie wird ihr Bild in ihrem Herzen mitnehmen, aber ihre realen Probleme kann sie nicht mitnehmen. Das Volk bleibt hier zwischen Bug und Oder. Allein muß es sich den Herausforderungen stellen.“ Mitleid mit General Jaruzelski ist sicher nicht angesagt. Aber es bleibt zu fragen: Welche Schlußfolgerungen zieht die polnische Führung aus dem Verlauf des Papstbesuchs? Und welche Schlußfolgerung zieht der sowjetische Generalsekretär?

Wenn diese dritte Pilgerreise des „polnischen Papstes“ in sein Heimatland als Generalprobe für einen *möglichen nahen Besuch in der Sowjetunion* gedacht gewesen sein sollte, wie ein polnisches Regierungsmitglied behauptete, dann ist sie höchstwahrscheinlich schiefgegangen.

Dafür spricht die lakonische Äußerung des Pressesprechers des Moskauer Außenministeriums, *Pjadyshew*, die dieser noch vor den „politischen“ Ansprachen des Papstes in den Ostseestädten machte: „Wir planen nicht, den Papst in die Sowjetunion einzuladen“ (AFP, 11. 6. 87). Der polnische Regierungssprecher *Urban* meinte in einer Pressekonferenz in Warschau am selben Tage, auf die „Solidarność“-Demonstrationen vom Vortage in Krakau angesprochen: „Politische Provokateure können eine Erschwerung der Aktivitäten der Kirche im Kreis der sozialistischen Länder verursachen, wenn sie zeigen, daß z. B. öffentliche religiöse Massenveranstaltungen zu sozialismusfeindlichen Unruhen mißbraucht werden können“ (Zycie Warszawy, 12. 6. 87). Es ist aber vermutlich weniger die vergleichsweise geringe Zahl von wenigen Tausend Demonstranten angesichts einer wahren innerpolnischen Völkerwanderung von ca. 10 Millionen Menschen zu den Besuchsstationen des Papstes zwischen Ostsee und Karpaten, die die Warschauer Führung verunsicherte, als vielmehr die gesellschaftlich-psychischen Wirkungen in einer Phase, in der Staat und Partei Stabilisierung erhofft hatten.

Eine neuerliche Vertiefung der Kluft zwischen Staat und einflußreichen Segmenten der Gesellschaft könnte der katholischen Kirche in Polen Stellungnahmen abverlangen, die sie unter der Führung ihres Primas zugunsten eines Mittelweges zwischen Regierenden und Regierten gerne vermeiden würde. Deshalb ist anzunehmen, daß sowohl die staatliche Führung wie die Hierarchie aus unterschiedlichen Motiven darauf hoffen, daß die *politischen* Folgen des dritten Papstbesuches sich in Grenzen halten mögen. Polen 1987 ist ein anderes Polen als das Polen von 1979. D. B.